

Dreger, Christian

Article

Kein Spielraum für Steuersenkungen: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Dreger, Christian (2010) : Kein Spielraum für Steuersenkungen: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 77, Iss. 35, pp. 12-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/152010>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Kein Spielraum für Steuersenkungen

von Christian Dreger*

Die deutsche Wirtschaft brummt. Im zweiten Quartal lag die Produktion um 2,2 Prozent über dem Niveau des Vorquartals. Ein solches Wachstum gab es noch nie im vereinten Deutschland. Außerdem hat das Statistische Bundesamt auch die vergangenen Quartale nach oben revidiert. Inzwischen werden Wachstumsraten gehandelt, die im Jahresvergleich bei deutlich über drei Prozent liegen. Dies ist nach der starken Entwicklung im Sommer nicht allzu überraschend. Selbst wenn die Produktion im letzten Halbjahr überhaupt nicht steigen würde, wäre eine Wachstumsrate von über 2,5 Prozent erreicht. Der unerwartete Wachstumsschub lässt auch die Steuereinnahmen wieder sprudeln. Zwar werden die Defizite der öffentlichen Haushalte immer noch deutlich über den Maastricht-Grenzen liegen, sie fallen aber weniger desolat aus. Das hat einige Wirtschaftspolitiker auf den Plan gerufen, die eine Ausschüttung der Wachstumsrendite fordern. So werden Steuersenkungen und höhere Sozialausgaben diskutiert.

Ob solche Forderungen angemessen sind, hängt unter anderem davon ab, wie nachhaltig die konjunkturelle Erholung tatsächlich ist. Indes spricht viel dafür, dass sich die konjunkturelle Erholung im weiteren Verlauf abschwächen wird. So wird das Wachstumstempo von den weltweiten Konjunkturprogrammen befeuert, die auch die Exporttätigkeit anheizen. Die Investitionsdynamik profitiert darüber hinaus von Nachholeffekten nach dem vorhergehenden Produktionseinbruch und

dem vergleichsweise harten Winter. Diese Triebkräfte sind jedoch nicht von Dauer. In einigen wichtigen Ländern zeigen sich bereits deutliche Abschwächungstendenzen, insbesondere in den USA, aber auch in China. So dürfte ein Auslaufen des chinesischen Konjunkturprogramms das dortige Wachstum um knapp zwei Prozentpunkte reduzieren. Wegen der weniger dynamischen Entwicklung der Weltnachfrage ist die Produktion der deutschen Industrie im Juni leicht gesunken, und die Umsätze im Geschäft mit ausländischen Abnehmern haben sich um zwei Prozent reduziert.

Daher werden die künftigen Produktionszuwächse spürbar unter den aktuellen Werten liegen. Die mittelfristigen Wachstumsperspektiven, an denen sich die Finanzplanung ausrichten sollte, haben sich nicht entscheidend verbessert. Greift man dennoch zu Steuersenkungen oder Ausgabensteigerungen, besteht ein erhebliches Risiko, dass sich das strukturelle Defizit erhöht. Dabei wird gar nicht bestritten, dass die Instrumente Strohfeuereffekte auslösen können. Diese reichen jedoch bei weitem nicht aus, um die zusätzlichen Defizite zu finanzieren und machen die spätere Konsolidierung der Staatsfinanzen umso schwieriger. Deshalb sollten die zusätzlichen Einnahmen genutzt werden, um beim Abbau der Defizite zügiger als bisher voranzukommen. Dies trägt mittelfristig auch zu einem höheren Wachstumspfad bei, weil sich das Vertrauen von privaten Haushalten und Unternehmen in die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik erhöht.

* Prof. Dr. Christian Dreger leitet die Abteilung Konjunktur am DIW Berlin.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Alexander Kritikos
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Lektorat

Dr. Ferdinand Fichtner

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01 805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.